

Aktionen, Anträge und Anfragen der Linken Liste

Anträge

- November 2003 Gebührensenkungen bei Stadtbibliothek und Stadtarchiv für Ausweise, Mahnungen und Kopien
- April 2001 Erhalt der „Adrianhalle“ für kulturelle Nutzungen und Maßnahmen gegen den drohenden Verfall.

Anfragen

- November 2001 Projekt Deutsches Fernsehmuseum - Erarbeitung einer Konzeption
- Januar 2002 Nachfrage wegen Planungen seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden, Teile des Geländes des ehemaligen Schlachthofes (und Umgebung) zu verkaufen.
- Dezember 2003 Konzeption und Bezuschussung für den „kuk Schlachthof Wiesbaden e.V.“

Hinzu kamen regelmäßige Vostöße der Linken Liste, im Rahmen der Haushaltsberatungen Streichungen im Kulturbereich zu verhindern, insbesondere die undifferenzierte Reduzierung der jährlichen Zuschüsse um 5 bzw. 10 Prozent.

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck

Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden



Kulturpolitische Vorstellungen der Linken Liste Wiesbaden

Angesichts der zunehmend angespannten finanziellen Situation in den Kommunen ertönt immer wieder der Vorschlag, mit den Kürzungen dort anzusetzen, wo es angeblich nicht um grundlegende soziale Bedürfnisse und Aufgaben geht: Bevorzugte Kandidatin für solche Streichorgien ist die Kulturpolitik.

Die Linke Liste hat sich in den vergangenen Jahren und wird sich auch im neuen Stadtparlament solchen Vorhaben entschieden entgegenstellen.

Solche Streichungen sind keineswegs interessen- und zielgruppenneutral, sondern davon betroffen sind die Schwächsten. Gekürzt wird eben nicht bei einem „Kulturevent“ wie der Wiesbadener Pferdenacht, sondern bei den örtlichen Kulturinitiativen, die keine solche Lobby aufweisen können; gekürzt wird z.B. bei den Kulturtagen in den Stadtteilen, Folklore im Garten ...

Kulturpolitik heißt Impulse geben

Für die Linke Liste besteht die Kulturpolitik der Kommune vor allem darin, Impulse zu geben, für Ungewohntes, Neues, Experimentelles, Ungefestigtes. Es kann nicht vorrangig Aufgabe der Kommune sein, den etablierten und zum Teil auch privilegierten Kulturbetrieb zu fördern. Keinesfalls dürfen – wie es oft genug unter undurchsichtigen Begleitumständen geschieht – einzelne

Nutznieser, Personen wie Unternehmen, begünstigt werden. Verhängnisvoll ist eine weitgehende Beschränkung von Kulturpolitik auf die Förderung des Images von Wiesbaden als „Kur- und Kongresszentrum“. Es ist der einzigen grünen Dezernentin im Magistrat zu verdanken, dass ein solcher nur am Marketing interessierter Ansatz teilweise verhindert wurde, solange sie noch im Amt war.

Für kommunalpolitische Aktivitäten der Stadt Wiesbaden ergeben sich aus diesen Prämissen eindeutige Schwerpunkte:

- Förderung von stadtteilbezogenen Kulturvorhaben
- Unterstützung von jugendpolitisch orientierten, sich finanziell (noch) nicht tragenden Vorhaben
- Anschubfinanzierung für private Kulturvorhaben bis zu deren Selbstständigkeit.

Kulturpolitik hat mit politischen Inhalten zu tun

Gerade die Auseinandersetzung um das zentrale Mahnmal für die Opfer des Faschismus in Wiesbaden (Jenny-Holzer-Projekt) hat deutlich gemacht, dass Kulturpolitik nicht denkbar ist ohne Auseinandersetzung um Inhalte. Daraus leiten sich für die Linke Liste Kriterien für eine angemessene kommunale Kulturpolitik ab:

- Sie hat kritische, demokratische und widerständige Elemente zu stärken (Auseinandersetzung mit Faschismus und autoritärem Denken); ausdrücklich betont werden soll die positive Rolle des Stadtarchivs, v.a. im Rahmen von Ausstellungen und Veranstaltungen. Verstärkt zu würdigen sind Wiesbadener Bürger/innen, die einen aktiven Beitrag zum Widerstand geleistet haben; beispielhaft genannt seien Hans Pulchowski (1937 in Butzbach hingerichtet), Anneliese und André Hoevel (1942 in Frankfurt-Preungesheim hingerichtet), Rudi Leitem, Else Ritter und der Grafiker und Fotograf John Heartfield.
- Ihr Ziel sollte sein, den Menschen in der Stadt ein Verständnis ihrer eigenen Geschichte zu ermöglichen, vorrangig über die Darstellung des Alltagslebens auch und gerade der so genannten „kleinen Leute“, der arbeitenden Bevölkerung (Alltagsgeschichte).

- Mit ihrer Bestärkung von örtlichen Aktivitäten in den Stadtteilen und für besondere Zielgruppen (z.B. Jugend, Theater für Jugendliche, Projekt Fernsehmuseum, Geschichtsvereine) leistet kommunale Kulturpolitik einen wesentlichen Beitrag zur Förderung von Eigeninitiative und wohlverstandendem Ehrenamt, also zur Herausbildung von verantwortlichem, demokratischem Handeln.

Gemessen an diesen Kriterien fällt das Urteil über die Aktivitäten der rechten Stadtregierung in den letzten Jahren äußerst zwiespältig aus: Während auf der einen Seite Vorhaben wie die Bewerbung als „Weltkulturstadt“, eine Biennale oder die Institution Staatstheater ganz oben stehen, müssen Projekte wie „go east“, die stadtteilbezogenen Kulturfeste, das Frauenmuseum, das alltags-orientierte Projekt Stadtmuseum etc. immer neu um ihr Überleben zittern. Das Holzer-Projekt wurde mit aktiver Unterstützung der „Republikaner“ im Stadtparlament gekippt, eine angemessene historische Darstellung der Deportation steht weiterhin aus. Auch weit über die Stadt hinaus weisenden, noch nicht auf eigenen Füßen stehenden Projekte wie dem European Youth Circus droht immer wieder neue Unsicherheit.

Kultur manifestiert sich an Orten

Ob es der Schlachthof mit der Zerstörung der weit über die Stadt hinaus bekannten Graffiti-Wand ist, ob es eine angemessene Gestaltung der Rampe ist, ob Synagogenplatz, KUK und Kulturpark, Schloss Freudenberg und „Folklore im Garten“: Kultur hat viel mit dem angemessenen Umgang und der Gestaltung der städtischen Räume zu tun – nicht nur im Biebricher Schlosspark ...

Die Fraktion Linke Liste erklärt sich bereit, bei den bevorstehenden und nicht länger aufzuschiebenden Aufgaben gemeinsam mit Initiativen vor Ort, mit kulturpolitischen Zusammenschlüssen wie dem Arbeitskreis Stadtkultur und dem Aktiven Museum Spiegelgasse für Deutsch-Jüdische Geschichte zusammenzuarbeiten.

Als Sofort-Maßnahme schlägt sie die umgehende Rücknahme der Streichungen bei Initiativen um 5 bzw. 10 Prozent vor; die Mittel dazu sind vorhanden, erst recht, wenn die Senkungen bei der Gewerbesteuer wieder aufgehoben werden. Dies hat die Linke Liste in den zurückliegenden Haushaltsdebatten nachgewiesen.